



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 127-2022
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.221

Eingereicht am: 14.06.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Rothenbühler (Lauperswil, Die Mitte) (Sprecher/in)
Riem (Iffwil, Die Mitte)
Remund (Mittelhäusern, Grüne)
Mentha (Liebefeld, SP)
Haudenschild (Niederbipp, FDP)
Rüegsegger (Riggisberg, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 1044/2022 vom 19. Oktober 2022
Direktion: Bau- und Verkehrsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme als Postulat**

CO₂-Monitoring bei kantonalen Bautätigkeit

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. jährlich die Mengen der wichtigsten Baumaterialien (Stahlbeton, Stahl, Backstein, Holz) zu erfassen, die in kantonalen Bauten verbaut werden
2. aufzuzeigen, wie er die CO₂-Bilanz bei kantonalen Bauten in den nächsten 10 Jahren verbessern will

Begründung:

Der Kanton Bern muss bis 2050 klimaneutral werden. Diesen Auftrag hat ihm das Stimmvolk erteilt, als es am 26. September 2021 deutlich einem Klimaschutzartikel in der Kantonsverfassung zustimmte. Der Kanton ist damit verpflichtet, für den Klimaschutz aktiv zu werden. Gerade die Bau- und Verkehrsdirektion (BVD) hat bei kantonalen Bauten einen grossen Hebel im Kampf gegen den Klimawandel.

Stahlbeton, Stahl und Backstein generieren bei der Herstellung einen grossen CO₂-Ausstoss. Allein die Zementproduktion verursacht rund neun Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses. Wenn Zement ein Land wäre, dann stünde es an dritter Stelle bei den grössten CO₂-Emittenten: China, USA, Zement. Holz dagegen sammelt beim Wachstum der Bäume rund eine Tonne CO₂ pro Kubikmeter und speichert es langfristig, z. B. in Gebäuden.

Umso beunruhigender war deshalb die Antwort auf die Interpellation 262-2019 «Carbon Handprint statt Carbon Footprint – Absorption und dauerhafte Speicherung von CO₂ statt Reduktion des CO₂-Ausstosses». Darin schrieb der Regierungsrat, dass nicht ausgewiesen werden könne, wie viel Stahlbeton, Stahl und Backstein für die kantonale Bautätigkeit jährlich verbaut wird. Somit tappt der Kanton bei seinem eigenen CO₂-Ausstoss im Dunklen. Nur beim CO₂-speichernden Baustoff Holz gibt es einen zu verbauenden Zielwert, der vor einigen Jahren jedoch sogar von 1500 auf 1100 Kubikmeter pro Jahr verkleinert wurde.

Das Ziel des Monitorings ist, dass der Grosse Rat die Verbesserung der CO₂-Bilanz bei der kantonalen Bautätigkeit von 2020 bis 2050 überprüfen und bei Abweichungen Massnahmen verlangen kann.

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat teilt grundsätzlich das Anliegen der Motionäre. Bereits heute wird der CO₂-Ausstoss bei kantonalen Bautätigkeiten mit verschiedenen Instrumenten gemessen und eine Reduktion der Emissionen vorangetrieben. Gemäss der Strategie Nachhaltig Bauen und Bewirtschaften 2015-2025 des Amtes für Grundstücke und Gebäude (AGG) werden mit Energieeffizienz, dem Einsatz erneuerbaren Energien und der Verwendung von Baustoffen mit geringem Bedarf an grauer Energie die natürlichen Ressourcen und das Klima geschont.

1. Konkret setzt das AGG bei Neubauten und bei denjenigen Umbauten, die gemäss Minergie Reglement zertifizierbar sind, seit 15 Jahren den Gebäudestandard Minergie-ECO um. Der Gebäudestandard verlangt die Berechnung der grauen Energie und der Treibhausgasemissionen für die Gebäudehülle, die Innenwände und die gebäudetechnischen Anlagen. Ein definierter Grenzwert darf nicht überschritten werden. Bei der Wahl der verwendeten Baustoffe werden die graue Energie und die CO₂-Emissionen berücksichtigt und dort, wo es technisch möglich ist, werden die ökologischeren Baustoffe verwendet. Damit wird die graue Energie bei Rohstoffen erfasst und der CO₂-Ausstoss fliesst in die Projektentscheide ein. Der Kanton verbaut zudem regelmässig Recyclingbeton, wenn es die technischen Anforderungen erlauben und der Beton im Umkreis von 50 Km von der Baustelle zur Verfügung steht.

Bei allen Neu- und Umbauten wird heute zudem die Ausführung in Holz geprüft. Wenn es die technischen Anforderungen zulassen, wird in Holz gebaut. Spezifische Nutzeranforderungen können aber eine Ausführung in Beton zwingend machen, weshalb der Gebäudestandard nicht immer erfüllt werden kann. Die Berechnung der grauen Energie und der Treibhausgasemissionen erfolgt aber auch in diesem Fall, sodass die Abweichung zum Grenzwert festgestellt und dokumentiert werden kann.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Mengen der wichtigsten Baumaterialien bei Neubauten und grösseren Umbauten bereits erfasst und dokumentiert werden. Der Mehrwert eines neuen zusätzlichen Monitorings ist für den Regierungsrat nicht gegeben. Insbesondere auch in Anbetracht der dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen. Der für die zusätzliche Statistik benötigte Aufwand beträgt je nach Grösse und Menge der Bauprojekte schätzungsweise 5 bis 10 Prozent einer Vollzeitstelle; damit überwiegen aus Sicht des Regierungsrates die Kosten den tatsächlichen Nutzen für das klimapolitische Anliegen. Es ist viel effizienter und zielführender, ökologische Ziele in konkreten Projekten zu realisieren, beispielsweise über die Installation von PV-Dachanlagen.

2. Jegliche Bautätigkeit beinhaltet graue Energie und erzeugt Treibhausgasemissionen. Die einfachste und nachhaltigste Reduktion von beidem kann durch «Nicht Bauen» erreicht werden.

Das AGG baut hauptsächlich auf Verlangen der Nutzer, d. h. der kantonalen Verwaltung. Die Verbesserung der CO₂-Bilanz ist deshalb eine gemeinsame Aufgabe aller Direktionen, die bereits bei der Bedürfnisdefinition beginnt. Die Optimierung der CO₂-Bilanz bei kantonalen Bautätigkeiten wird durch die Anwendung des Gebäudestandards Minergie-ECO bei Neubauten bereits sichergestellt und dokumentiert.

Bei kleineren Umbauten, bei denen der Minergie-ECO-Standard aufgrund der geringen baulichen Eingriffstiefe nicht angewendet werden kann, ist der Regierungsrat bereit, zu prüfen, wie der Nachweis für die graue Energie und die Treibhausgasemissionen der energieintensiven Baustoffe erbracht werden kann. Dabei wird er sich mit Blick auf die knappen Personalressourcen im AGG insbesondere auch vom Kosten-Nutzen-Verhältnis eines entsprechenden Monitorings lenken lassen.

Verteiler

– Grosser Rat